

Besondere Bedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgen-Ausgabe anzufragen
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Morgen

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung
Preisblatt 11-5 Uhr

Drucker: Dornier-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Die englische Thronrede.

London, 15. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Heute vormittag begab sich der König in Begleitung der Königin und des üblichen Hofstaates von Buckingham Palace nach Westminster zur Eröffnung des Parlaments. Eine ungeheure Menschenmenge füllte die Straßen, durch die der außerordentlich pompöse Hofzug fuhr. Die Ankunft des Königs im Oberhaus wurde mit 41 Kanonenschüssen bekanntgegeben. Nach Erledigung der üblichen Formriten verlas der König die Thronrede, die folgenden Wortlaut hatte:

Meine Beziehungen zu den auswärtigen Mächten sind weiter freundschaftlich. Ich freue mich, einen ausgesprochenen Fortschritt in der Lösung jener Fragen feststellen zu können, die bisher den Weg zum wechselseitigen Verständnis verschlossen und die Wiederherstellung der Welt verzögert hatten. Die Reparationskommission hat viel Ausschüsse eingeleitet, in denen Sachverständige aus den vereinigten Staaten mit anderen Sachverständigen aus Großbritannien, Frankreich, Italien und Belgien zusammenwirkten, um bei der Prüfung der sehr ernsten finanziellen Fragen, die die Lage Deutschlands betreffen. Das künftige Statut der Langen Zone, die lange Zeit eine Quelle von Unruhe war, ist zwischen den Delegierten der hauptsächlich interessierten Mächte einer Regelung unterworfen worden, die die Schaffung eines internationalen Regimes und die Förderung des Verkehrs und des Handels vorzieht.

Ein Gesetz wird eingebracht werden zwecks Inkraftsetzung des Lausanner Friedensvertrages. Sobald dieses Gesetz angenommen sein wird, wird der Vertrag ratifiziert und eine neue Ära friedlicher Beziehungen mit der Türkei eröffnet werden.

Meine Minister sind im Zusammenwirken mit den Vertretern Canadas darauf bedacht gewesen, die Schwierigkeiten bezüglich der gegenwärtigen Einbuße von alkoholischen Getränken in die vereinigten Staaten zu beseitigen und haben Vorschläge für ein Abkommen gemacht, das nicht nur der Annahme steht und die künftigen glücklichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern und Völkern festigen dürfte.

Es wird weiter mein Ziel sein, den ständig wachsenden Einfluß des Völkerbundes mit allen Mitteln, die in meiner Macht liegen, zu fördern.

Die jüngste Serie von Mordtaten an der Nordwestküste Indiens durch Verbrecher, die ein Ziel auf afghanischem Boden gefunden haben, bzw. afghanische Untertanen sind, hat mich sehr beschäftigt. Meine Regierung ist energisch bei der Regierung des Emirs vorstellig geworden und sie erwartet auf das Bestimmteste, daß diese Personen bestraft und daß befriedigendere Beziehungen an dieser Grenze bald hergestellt werden.

Die kürzlich abgehaltene Konferenz des britischen Reiches wies sehr deutliche Fortschritte in bezug auf das Zusammenwirken der Reichsteile auf. Es war insbesondere möglich, den Wünschen der Dominions entgegenzukommen, ohne von dem bestehenden Steuersystem dieses Landes abzuweichen, indem der von der Reichskonferenz im Jahre 1917 beschlossene und seit 1919 in Kraft getretene Grundgesetz der gegenseitigen Meißelbegünstigung wesentlich erweitert wurde. Es werden ihnen Vorschläge zwecks Durchführung der Ergebnisse dieser Reichskonferenz unterbreitet werden. Ich heiße die Gelegenheit willkommen, die durch die Weitausstellung des britischen Reiches geboten werden wird, die Kennzeichen der mannigfaltigen Hilfsquellen meines Reiches zu erhöhen und den Handel innerhalb des britischen Reiches zu steigern.

Auf die innerpolitischen Fragen übergehend führt die Thronrede aus, daß der jüngste Wahlkampf sich um die Frage der Schulpflichtreform gedreht habe. Indessen bin ich froh, festzustellen, daß die Pläne für die Sicherung von Arbeitsgelegenheiten, die gegenwärtig durchgeführt werden, eine schätzenswerte Wirkung im Laufe des letzten Jahres gezeitigt haben, indem sie die Zahl der wirklichen Arbeitslosen herabgemindert haben. Die Zahl derer, die noch immer nicht in der Lage sind, Arbeit zu finden, verursacht mir große Sorge.

Meine Minister haben kürzlich vor dem Lande Vorschläge entwickelt, die, nach ihrer Meinung, zu der Lösung dieses Problems wesentlich beitragen werden, indem sie die Produktion ein größeres Maß von Sicherheit auf dem eigenen Markt gesichert und den Absatz ihrer Erzeugnisse in meinen überseeischen Kolonien und in fremden Ländern verstärkt hätten.

Über diese Vorschläge sind vom Lande nicht angenommen worden. Unter diesen Umständen wird die Zustimmung der Mitglieder des Parlaments zu einer Ausdehnung und Verbesserung der Bestimmungen über den Handelskredit, wie sie von der Reichskonferenz vorgeschlagen wurden, nachgesucht werden. Es sollen insbesondere gewissen öffentlichen Unternehmungen im britischen Reich finanzielle Kredite aus öffentlichen Mitteln erhalten und eine Ausdehnung der Beteiligung an den Kassen für gemeinnützige Arbeiten entweder durch die Lokalbehörden oder durch private Gesellschaften vorgenommen werden.

Sobald enthält die Thronrede einen Hinweis auf die Pläne der Regierung zwecks Schaffung von Arbeitsgelegenheit in der Schiffbauindustrie durch sofortigen Bau von Kreuzern und Hilfsschiffen zwecks Entwicklung der allgemeinen und technischen Fortbildung der jugendlichen Arbeitslosen usw. Insbesondere wird der

Ausbau der Luftstoffe

für Zwecke der Landesverteidigung angekündigt.

Schließlich wird bezüglich der Krise in der Landwirtschaft auf den Vorschlag der Regierung Bezug genommen, eine Konferenz aller interessierten Kreise und sämtlicher Parteien einzuberufen zwecks Ausarbeitung einer neuen Agrarpolitik.

London, 15. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Parteiführer hielten gestern Sitzungen ab, um ihre Pläne für das Parlament fest-

zusetzen. Ein Ministerrat bestimmte den endgültigen Text der Thronrede. Asquith, der in den letzten Tagen erkrankt war, konnte bereits führende liberale Abgeordnete in seiner Wohnung empfangen. Es heißt, daß die Liberalen dabei bleiben, die Regierung bei der ersten Gelegenheit zu stürzen. Asquith erhielt von seinem Arzt die Erlaubnis, der heutigen Sitzung beizuwohnen. Der entscheidende Zusatzantrag der Arbeiterpartei zu der Thronrede, durch den die Regierung Baldwin gestürzt werden soll, wird am Mittwoch nachmittag eingebracht werden. Es wird angenommen, dieser Antrag werde lebhaft belogen, daß die Regierung Baldwin das Vertrauen des Unterhauses verloren habe. In Arbeiterkreisen wird angenommen, daß ein paar Liberale sich dieser Abstimmung enthalten und daß einige sogar gegen den Antrag stimmen werden.

Deutschland und Frankreich.

Abnehmende Spannung.

Paris, 15. Januar. (Eca.) Der Berliner Korrespondent des (regierungsamtlichen) „Echo de Paris“ untersucht in einer längeren Depesche die Entwicklungsmöglichkeiten der deutsch-französischen Aussprache und kommt zu dem Ergebnis, daß nach seiner Auffassung die Unterhandlungen zwischen Paris und Berlin fortgesetzt werden müssen, wenn auch in einigen nationalistischen Kreisen Deutschlands die Revancheidee ständig weiterlebt. Der Korrespondent bemerkt, daß die „leidlich gebesserte allgemeine Stimmung“ für die bevorstehenden Besprechungen zwischen Frankreich und Deutschland günstig wäre. Das Mißtrauen zwischen den beiden Ländern habe sich etwas gelegt. Bis jetzt habe die nationalistiche deutsche Presse immer behauptet, Frankreich gehe lediglich darauf aus, Deutschland zu vernichten. Nunmehr werde man sich darüber klar, daß französischerseits der Wunsch bestehe, zu einem Abkommen zu gelangen. Der Korrespondent hebt weiter hervor, daß vor allen Dingen in den deutschen Wirtschaftskreisen der ehrliche Wunsch bestehe, eine Einigung mit Frankreich herbeizuführen. Die deutsche Industrie wünsche, daß die vorläufigen Abkommen mit der Rumän in endgültige umgewandelt werden. Die allgemeine Stimmung sei also im allgemeinen besser. Für die bevorstehenden Besprechungen sei es unbedingt notwendig, eine Lösung zu finden, die auf der einen Seite Frankreichs Forderungen befriedigt, auf der anderen Seite aber auch die Interessen der deutschen Industriellen nicht außer acht läßt. Die Reparationsfrage könne sehr schnell erledigt werden, wenn die Wirtschaftskreise Deutschlands einsehen, daß es ihr Vorteil ist, loyal an einer französisch-deutschen Interessengemeinschaft mitzuarbeiten.

Der Frankensturz.

Ein neues Verdun.

Paris, 15. Januar. (TU.) Die fortschreitende Entwertung des Frankens löst in weiten Kreisen Depression aus. Diese Stimmung äußert sich in den Uberschriften, mit denen die Pariser Blätter den neuen Sturz des Frankens verzeichnen. Gustave Hervé spricht in der „Victoire“ von einem „neuen Verdun“. Im „Journal“ erklärt ein französischer Bankdirektor, es komme jetzt darauf an, gegen Deutschland (?) auf finanziellen Gebiete zum zweiten Male die Warnschlacht zu gewinnen. — Die Regierung sinnt auf Abwehrmaßnahmen, und zwar scheint Poincaré, nachdem sein Finanzminister de Lasteyrie eine Woche lang Konferenzen ohne großen Erfolg abgehalten hat, die Sache selbst in die Hand nehmen zu wollen. Gestern nachmittag hatte Poincaré mit den Ministern der Finanzen, des Innern und der Justiz eine lange Besprechung. Heute vormittag verformte sich im Elysee ein Ministerrat, um diesmal, wie „Echo de Paris“ betont, entscheidende Beschlüsse in der Wiederherstellung des Wirtschaftslebens zu fassen. Eventuell wird Poincaré bereits im Verlaufe der heutigen Kammer Sitzung, sonst morgen oder übermorgen Erklärungen über die Finanzkrise abgeben und die von der Regierung geplanten Maßnahmen der Kammer mitteilen.

Englische Erklärungen.

London, 15. Januar. (W.T.B.) Dem Pariser Berichterstatter der „Morning Post“ zufolge ist die einzig mögliche Erklärung für den plötzlichen Zusammenbruch des Frankens die, daß die großen und kleinen französischen Kapitalanleger über die Wendung, die die Dinge genommen hätten, beunruhigt seien, weshalb sie ausländisches Geld und ausländische Wertpapiere gegen französische Wertpapiere kauften. — Der Pariser Berichterstatter der „Daily News“ schreibt, die Ursache des Frankensturzes werde in Frankreichs auswärtigen Beziehungen gesucht. Man erwähne in diesem Zusammenhang die britische Haltung nach der Erklärung des Separatistenführers Heinz und Lord Curzon's Beharren auf einer unablässigen Untersuchung der Lage in der Pfalz. — „Daily News“ schreiben in einem Leitartikel,

Die Wirkung der Ruhrinvasion, des Verschwindens Deutschlands als einer wirtschaftlichen Einheit

sei jetzt klar zu übersehen. Wenn Poincaré oder sein Nachfolger beschließen würden, daß Deutschland, um Frankreich vor der vollständigen finanziellen Katastrophe zu retten, in die Lage versetzt werden müsse, seine Schulden auf einer vernünftigen Grundlage zu bezahlen, so werde die Gesamtlage in Europa eine bemerkenswerte Umwandlung erfahren. — Auch „Manchester Guardian“ führt aus, man könne nur hoffen, daß das Dilemma, in dem sich der nächste französische Finanzminister befinden werde, ihn dazu veranlassen werde, Deutschland weniger als einen Feind anzusehen, der zerschmettert werden müsse, als vielmehr als einen Schuldner, der bei vernünftiger Behandlung Frankreich zum schließlichen finanziellen Gleichgewicht verhelfen könne.

Reichsfinanzen und Wohnungsbau

Von H. Ellinger.

Die Sanierung der Reichs-, Landes- und Gemeindefinanzen ist, das sollte man auch im Reichsfinanzministerium und in den Finanzministerien der Länder einsehen, nicht möglich ohne die Gesundung und Kräftigung der deutschen Wirtschaft. Kein Etat, mag er auch auf dem Papier noch so schön aussehen und noch so schön balanzieren, wird den auf ihn gesetzten Hoffnungen entsprechen, wenn die deutsche Wirtschaft nicht gesund wird.

Was aber will der Reichsfinanzminister und mit ihm die Finanzminister der Länder? Sie wollen auf dem Gebiete des Wohnungswesens eine Steuer- und Finanzpolitik treiben, die praktisch auf die Erdrosselung des Baugewerbes für absehbare Zeit und damit auf die Abtötung der deutschen Wirtschaft hinausläuft. Das Reich soll auf dem Gebiete des Wohnungswesens auf jede eigene Initiative verzichten und dieses Gebiet einschließlich der Mietpreisbildung den Ländern überlassen. Die Mieten sollen in kurzer Zeit auf den Friedensstand gebracht werden. Der Ertrag der erhöhten Mieten soll zwischen den Hausbesitzern und den Ländern geteilt werden. Die Länder sollen ihre Anteile zur Zahlung der Beamtengehälter und zur Sanierung ihrer Finanzen verwenden. Für die Förderung des Wohnungsbaues durch das Reich soll nichts übrigbleiben.

Die Verwirklichung dieses Planes bedeutete für die Länder ein Danergerescheit, für die Gesundung der deutschen Wirtschaft einen sehr gefährlichen Hemmschuh und damit für das Deutsche Reich die Unmöglichkeit der Erhebung aus dem finanziellen Ruin. Jetzt schon liegt infolge der kurzfristigen Wohnungspolitik der großen Mehrheit des Reichstages das Baugewerbe mit seinen Millionen Arbeitern so gut wie still. Neunzig Prozent der Bauarbeiter sind arbeitslos, ungeheure Werte gehen dadurch der deutschen Wirtschaft verloren. Das Baugewerbe aber zieht als Muttergewerbe einer ganzen Reihe anderer Gewerbe und Industrien einen großen Teil unserer Volkswirtschaft in den Abgrund. Weil nicht gebaut wird, hat auch die Zement-, Kalk-, Ziegel-, Gips-, Holz- und zum Teil auch die Eisenindustrie nichts zu tun. Ebenso liegen die Bauebenen- und Bauausstattungs-gewerbe (Tischlerei, Schlosserei, Glaserie, Töpferei, Klempnerei, Malerei, Tapeziererei usw.) nahezu still. Nicht anders ist es mit dem Baustofftransportgewerbe und mit den vielen Gewerben und Industrien, die Einrichtungs- und Haushaltsgegenstände der verschiedensten Art fabrizieren. Denn wenn keine Wohnungen gebaut werden, braucht man auch keine Wohnungseinrichtungen. Rund zehn Millionen Menschen — Arbeiter, Angestellte, Beamte mit ihren Familien — sind durch diese Politik unmittelbar in ihrer Existenz bedroht. Darüber hinaus werden durch das Ruhen der Bautätigkeit fast alle übrigen Erwerbstätigen in Mitleidenschaft gezogen. Wenn Millionen und aber Millionen Arbeiter des Baugewerbes, der Baueben- und Baustoffindustrie kein Einkommen haben, ist es kein Wunder, daß auch beim Kaufmann und Krämer das Geschäft nicht geht.

Wie soll angesichts dieser Verhältnisse die Wirtschaft gesunden? Wie will der Reichsfinanzminister die Steuern bekommen, die er zur Balancierung des Haushalts braucht? Wie sollen die Millionen und aber Millionen Arbeiter und Angestellten, die durch eine unvernünftige Steuer- und Finanzpolitik an produktiver Arbeit gehindert werden, Lohnsteuern zahlen, wenn sie keinen Lohn bekommen? Wie sollen die Industriellen und Gewerbetreibenden die nötigen Steuern aufbringen, wenn man durch steuer- und finanzpolitische Maßnahmen die industrielle und gewerbliche Tätigkeit gewaltsam ersäuft? Wie denkt man sich die Erhöhung der Einnahmen aus der Umsatzsteuer, wenn die Umsätze durch eine verkehrte Reichspolitik in sinnloser Weise vermindert werden? Wie soll die Reichsbahn auf einen grünen Zweig kommen, wenn man durch die Erdrosselung der Wirtschaft einen Rückgang der Einnahmen aus Frachten und aus dem Personenverkehr herbeiführt? Wie deckt sich das Streben des Reichsfinanzministers nach größtmöglicher Sparamkeit mit der Notwendigkeit der Zahlung gewaltiger Summen an unproduktiver Unterstützung für Arbeitslose? Wären für die Finanzen des Reiches, der Länder und Gemeinden steuerliche Maßnahmen zur Inangriffnahme der Wirtschaft nicht besser?

Anstatt auf dem Papier einen schönen Etat aufzustellen, der bei den geplanten Maßnahmen auf dem Gebiete des Bau- und Wohnungswesens unmöglich das bringen kann, was von ihm erwartet wird, sollte man die Dinge realistisch betrachten. Die deutschen Industriellen selbst haben alle Ursache, einer Politik entgegenzutreten, die, wenn sie durchgeführt würde, die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt erschüttern muß.

Die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten können bei ihren heutigen Löhnen und Gehältern keine Goldmieten zahlen. Die sofortige Zahlung der vollen Goldmieten ist bei einer vernünftigen Wirtschafts- und Steuerpolitik zur Sanierung der Finanzen der Länder und Gemeinden auch gar nicht nötig. Man gebe den Hauswirten, was sie zur Erhaltung ihrer Häuser brauchen; nehme einen so großen Teil von den in Aussicht genommenen Goldmieten, als man zur Beseitigung der Wohnungsnot in vier oder fünf Jahren braucht zur Behebung des Wohnungsneubaus, fördere die Siedlungstätigkeit und damit die landwirtschaftliche Produktion, gebe der Wirtschaft die Möglichkeit zu produktiver Arbeit, spare unproduktive Unterstützung und schaffe mit alle-

dem die Grundlagen für ein ausreichendes Steueraufkommen. Das dient ganz anders zur Sanierung der Finanzen als die Verwirklichung von Plänen, die in der Praxis nicht nur auf die Erdrosselung der Wirtschaft und Steuerkraft des deutschen Volkes, sondern auch auf die Zerstörung der Volksgesundheit und der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt hinauslaufen. Wenn die Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten auf Friedensstand steigen, dann kann man auch die Mieten schrittweise wieder auf die Friedenshöhe bringen.

Auf das allerentschiedenste ist aber vor der Ausschaltung der Reichsinitiative und vor der Uebertragung der Wohnungsfürsorge an die Länder ohne die maßgebende Mitwirkung des Reiches zu warnen. Die Länder hätten davon keinen Vorteil. Sie selbst haben heute unter der Wohnungsnot am meisten zu leiden. Sie selbst sind an ihrer Beseitigung mindestens in dem gleichen Maße wie das Reich interessiert. Sie hätten aber, wenn die Erträge der geplanten Wohnungsteuer zur Beamtenbesoldung und zur Sanierung der Landesfinanzen verwendet würden, für den Wohnungsneubau keine Mittel. Das ist ohne entscheidende Mitwirkung des Reiches nicht möglich. Auch aus vielen anderen Gründen ist die maßgebende Beeinflussung der Wohnungswirtschaft durch das Reich notwendig, wobei freilich sehr zu wünschen ist, daß der künftige Reichstag auf diesem Gebiete Ersprießlicheres leistet und rascher arbeitet, als es der jetzige Reichstag getan hat. Auch dem Reichsarbeitsministerium ist eine größere Initiative als in den letzten Jahren dringend zu wünschen.

Gefährlich ist auch die Spekulation auf die Ueberwindung der Wohnungsnot durch das Privatkapital ohne öffentliche Hilfe. Was in Deutschland fehlt, sind Kleinwohnungen. Diese sind bekanntlich schon vor dem Kriege von dem Privatkapital nicht gern gebaut worden, weil dabei nichts zu verdienen war. Sie können heute in dem notwendigen Umfang ohne öffentliche Hilfe erst recht nicht gebaut werden, weil es mehr als je an Kapital fehlt, und weil weniger als je an eine normale, geschweige denn an eine gute Verzinsung des Baukapitals zu denken ist. Wo sollten wohl heute, selbst wenn Goldmieten erhoben würden, bei einer vier- bis sechsprozentigen Verzinsung genügend private Baugelder und Hypotheken herkommen, wo die Industrie jährlich bis zu 100 und 150 Proz. Zinsen zahlt und trotzdem kaum Betriebskapital bekommen kann?

Zusammenfassend ist also zu sagen: Der Plan des Reichsfinanzministeriums ist weder zur Sanierung der Reichs-, noch der Landes- und Gemeindefinanzen geeignet. Er erdroffelt die Wirtschaft, anstatt sie zu stärken und verschüttet damit die Quellen finanzieller Gesundheit. Man mache deshalb mit der Befastigung des vorhandenen Hausbesitzes, etwa in dem Sinne, wie sie kürzlich vom Reichsarbeitsministerium vorgeschlagen wurde, ernst und verwende die Erträge, soweit sie nicht zur Erhaltung des alten Hausbesitzes gebraucht werden, zum Bau neuer Wohnungen und Siedlungen. Aber man handle schnell, damit nicht noch länger Millionen wertvoller Arbeitskräfte brachliegen und uns das Frühjahr, wo die Bautätigkeit beginnen soll, wieder ungerüstet findet. Je schneller die Bautätigkeit und mit ihr die deutsche Wirtschaft wieder in Gang kommt, um so rascher werden die deutschen Finanzen gesunden.

Die sächsischen Wahlen.

Die weiteren Nachrichten über Wahlergebnisse in Sachsen vervollständigen das bisherige Bild. Die Sozialdemokratische Partei hat zweifellos einen beträchtlichen Rückgang erlitten, der in erster Linie dem Bürgertum zugute gekommen ist. Bei einer verhältnismäßig geringen Beteiligung — durchschnittlich 60—70 Proz. — haben in zahllosen Gemeinden und Städten die bürgerlichen Parteien eine Mehrheit gewonnen. Allerdings wird die Freude des Bürgertums an diesen Mehrheiten nicht ganz ungetrübt sein. Sie sind erkauft durch ein beträchtliches Anwachsen des rechtsradikalen Flügels, der deutschnationalen und deutschnationalen. In mehr als einer Stadt werden die bürgerlichen Parteien deswegen in der fata-

len Lage sein, daß sie ihre bürgerliche Mehrheit nicht ausnützen können, weil mit deutschnationalen und deutschnationalen in den meisten Fällen irgendeine Politik überhaupt nicht gemacht werden kann. Die Folge dieser Wahlen wird infolgedessen an vielen Orten eine zwangweise Zusammenführung derjenigen Gruppen in den Gemeinden sein, die überhaupt die Absicht haben, ernsthaft die Interessen der Gemeinden zu vertreten.

In der sächsischen Parteipresse kommt durchweg die Entschlossenheit zum Ausdruck, die Scharte dieser Gemeindegewählten bei neuen Kämpfen auszugleichen. Alle Blätter weisen auf die skrupellose Agitation der Kommunisten hin, denen es trotz ihres ausschließlichen gegen die Sozialdemokratie gerichteten Kampfes keineswegs gelungen ist, die Einbußen der Sozialdemokratie in ihren eigenen Reihen aufzufangen. Die Ursachen der Niederlage können freilich keineswegs allein in der kommunistischen Agitation gesehen werden. Ein Teil der sächsischen Parteipresse glaubt deshalb nicht, die besondern sächsischen Verhältnisse, sondern die allgemeine Politik der Sozialdemokratie für den Stimmenrückgang verantwortlich machen zu müssen. Wir werden vor den Reichstagswahlen in Deutschland noch in anderen Ländern wichtige Wahlen erleben, und an ihrem Ausgang wird es möglich sein, die Richtigkeit dieser Behauptungen zu überprüfen. Der Hinweis auf Lübeck, der sich in der „Leipziger Volkszeitung“ findet, dürfte aus Gründen, die unserem Leipziger Blatt sicher nicht unbekannt sind, kaum stichhaltig sein. In der Tat muß die Anziehung- und Werbekraft der Partei unter den dauernden Streitigkeiten und unter der Form, in der diese Streitigkeiten in sächsischen Parteiblättern ausgetragen wurden, unbedingt leiden. Die Folge dieser Auseinandersetzung ist bisher noch stets eine Schwächung des Einflusses der Arbeiterklasse gewesen. Wir glauben, daß diese Einsicht ganz von selbst sich in der sächsischen Parteigenossenschaft und dann auch in der sächsischen Parteipresse bemerkbar machen wird, und daß eine Beruhigung und Konsolidierung in der sächsischen Sozialdemokratie die Vorbedingung zu neuen Erfolgen schaffen wird, die auf die Dauer nur von aufbauender und sammelnder Arbeit errungen werden kann.

Das Aufwertungsmanöver.

Eine Gefahr für alle Sparer und Versicherten.

Der Plan des Reichsfinanzministeriums, die Mieten auf Goldbasis bis zur früheren Friedensmiete für Reichszwecke zu erhöhen, hat auch das Spekulantentum in Bewegung gebracht. Genährt wird dessen Gewinnsucht durch die jüngst ergangene reichsgerichtliche Entscheidung, nach der unter gewissen Voraussetzungen die Hypothekengläubiger eine angemessene Aufwertung verlangen können. Von jedem Kenner des Wohnungswesens ist der Gedanke der Hypothekenaufwertung zu verwerfen; denn nach Lage der Sache kann für absehbare Zeit, erst recht, wenn das Finanzministerium auf seinem Plan besteht, nur mit öffentlichen Mitteln gebaut werden, die in der Hauptsache aus Zuschlägen zu den Mieten fließen müssen. Danach ist es auch selbstverständlich, daß solche Steuern für eigene Bedürfnisse des Reichs oder der Länder nicht in Anspruch genommen werden können.

Dennoch wird aus Parteienreisen eine lebhaft propagandistische für die Aufwertung der Hypotheken inszeniert. Diese skrupellosen Gewinnmacher haben nämlich zu billigen (fast wertlosen) Papiermarktpreisen Industriebobligationen, Hypothekenspandbriefe usw. erworben und verkaufen, ihre Papierballen an Obligationen nun zu den, infolge jenes Aufwertungsrummels gestiegenen und noch steigenden Kursen an den Mann zu bringen. Befremdlich ist, daß selbst die Berliner Handelskammer sich herbeiläßt, d'ieses Treiben zu unterstützen, indem sie a m t l i c h für die Aufwertung eintritt und also durch ihre Autorität viele kleine Leute dem gerillenen Spekulantentum zutreibt.

Wir müssen vor diesem Hausemanöver aus Interesse der Allgemeinheit dringend warnen; denn schließlich

könnte dadurch zugunsten der Aufwertungsabsichten ein politischer Faktor entstehen. Würde solchen Absichten irgendwelche Konzession gemacht werden, dann wäre das immer nur ein erster Schritt auf einem Wege, der enden würde mit dem finanziellen Zusammenbruch von Reich, Ländern und Gemeinden; denn deren Obligationengläubiger würden dann das gleiche beanspruchen, was man Hypothekenspandbriefgläubigern an Gewinn in den Köchen geworfen hat. Aber auch die kleinen Sparrer können mit viel stärkerem sittlichen Recht an Reich, Länder und die städtischen und sonstigen Sparkassen Aufwertungsansprüche geltend machen. Das Reich würde z. B. haßbar zu machen sein für die ungeheuren Vermögensverluste der Sozialversicherungsträger, die nach gesetzlichen Vorschriften ihre Reserven anzulegen hatten in heute wertlosen Reichs- und Staatsanleihen. Wir werden ausdrücklich solche Forderungen der perspektivierten Arbeitnehmer für den Fall an, daß die Reichsregierung wirklich dem Börsenmanöver der Aufwertungspekulanten nachzugeben bereit sein sollte!

Emminger vor dem Ausschuss.

Der Fünftehnereauschuss des Reichstages beauftragte zunächst im Einvernehmen mit der Reichsregierung den Sparauschuss des Reichstages mit der Ueberwachung der Durchführung des Personalabbaus. Abdom wurde eine Verordnung betr. Änderung des Gesetzes zur Durchführung der Bestimmungen des Friedensvertrages über gerichtliche Schiedsgerichtsbarkeit und die Vollstreckung ausländischer Urteile erlassen. Hierzu wurde vom Vertreter des Auswärtigen Amtes ausgeführt, daß bei Aufgabe des positiven Widerstandes sich die Reichsregierung auch entschließen mußte, ihre Haltung gegenüber den deutsch-französischen Schiedsgerichten zu verändern und die Urteile, die in der Unterbrechungszeit ergangen sind, anzuerkennen. Der Ausschuss erhob keine Bedenken gegen die Verordnung.

Es folgte die Behandlung einer Verordnung zur Entlastung des Reichsgerichts. Die Verordnung wurde von Regierungsseite damit begründet, daß die mittels Erhöhung der Revisionssummen mehrfach unternommenen Versuche einer Entlastung des Reichsgerichts einen dauernden Erfolg nicht gehabt haben. In Uebereinstimmung mit Anregungen, die aus den Kreisen des Reichsgerichts selbst hervorgegangen sind, soll deshalb die Revision sachlich beschränkt werden. Art. 1 Abs. 1 schließt allgemeine Revisionen insoweit aus, als sie nur auf die Befreiung derjenigen Rechtsverfahren vorliegen, welche die Ausübung des richterlichen Prozedur- und die Beweiswürdigung betreffen. Art. 1 Abs. 2 schließt für die Urteile der Oberlandesgerichte in Ehescheidungs- und Eheanfechtungssachen sowie in Streitigkeiten wegen Herstellung der ehelichen Gemeinschaft die Revision im Regelfalle aus. Für die Ausnahmefälle, die im Regierungsentwurf durch eine Soll-Vorschrift festgelegt waren, empfahl der Ausschuss folgende Änderung, der auch die Regierung zustimmte:

„Das Oberlandesgericht hat die Revision zuzulassen, wenn es von einer Entscheidung des Reichsgerichts oder, soweit eine solche nicht vorliegt, von der Entscheidung eines anderen Oberlandesgerichts abweicht, oder wenn sonst von der Zulassung der Revision die Klärung einer Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung zu erwarten ist.“

Eine Verordnung über das Verfahren in Reichsachen, wodurch aus Espornisgründen die Verfahren bei dem betreffenden Amtsgerichtsverfahren beseitigt werden sollten, wurde vom Ausschuss nicht gutgeheißen, vielmehr empfahl der Ausschuss der Regierung, von dem Erlass dieser Verordnung abzusehen.

Zum Schluß wurde eine Verordnung zur Ergänzung des Gesetzes über Gewährung einer Entschädigung an verleihte Beamte und von Umzugskosten beim Wohnungswechsel am Orte durchberaten, ohne daß sie im Ausschuss Besehen begrünzte.

Ein Antrag betr. Aufhebung der Verordnung über Krankenpflege bei den Krankenkassen vom 30. Oktober 1923 wurde noch nicht behandelt, weil erst die diesbezüglichen Verhandlungen zwischen den Beteiligten selbst abgemacht werden sollen.

Berichtigung. Die Reichsrechtshilfe der Deutschen Volkspartei magt uns darauf aufmerksam, daß Heinz Orbis, der auf der Kandidatenliste der Deutschen Volkspartei in der Pfalz steht, bereits seit längerer Zeit aus der Deutschen Volkspartei ausgeschlossen ist und daß die Haltung der Volkspartei überhaupt gekennzeichnet sei, daß ihre deutschen Führer in der Pfalz fast sämtlich ausgelesen seien.

Der republikanische Lehrer.

Von Dr. Erich Witte.

Past ist Lehrer an einer höheren Schule der Provinzstadt I. Sein Verhältnis zu seinen Kollegen ist trotz der politischen Gegenätze das denkbar beste. Bis zum Jahre 1919 war es auch das zu seinem Direktor und zu seinem Oberschulrat. Seit der Zeit wohnen beide seinem Unterricht oft bei und hatten viel davon auszusprechen. Mit dem Beginn seiner politischen Tätigkeit war er auch ein schlechter Lehrer geworden. Der Oberschulrat teilte ihm nach einer Session mit: „Ihr Unterricht ist nicht lebendig genug; das merkt man an der geringen Teilnahme der Schüler.“

Kurz vor dem Beginn der Diktatur und der Oberschulrat nur dann in seinen Unterricht kamen, wenn er kurz vorher über die Schulreaktion einen Vortrag in dem Volksblatt der Stadt I. veröffentlicht oder über diesen Gegenstand einen Vortrag gehalten hatte. Sollte dem republikanischen Lehrer zum Bewußtsein gebracht werden, daß man eine solche Kritik mißbilligt? Dafür sprach die Bemerkung des Oberschulrats: „Sie sind doch Jugenderzieher, Herr Stadler; dafür bekommen Sie Ihr Gehalt.“

Als sich hier trotz seiner großen Arbeitsbelastung wieder einmal bei Past sehen ließ, behandelte er gerade Schillers „Flucht aus der Kartäuser“. Mit Begeisterung las er das, wie für den Dichter das an ihn erlassene Verbot, eine Schrift ohne Zustimmung des Herzogs herauszugeben, den reißigen Tod bedeutete. Past las den Knoten aus Raubes „Kartäuser“ die Stelle vor, wo Schiller dem Herzog verweist, daß er die Freisheitsbanken unterdrückt hätte, die in Amerika schimmernde Sterne erfodern hätten, daß er den deutschen Drang nach eigener Literatur und Kunst verhöhnt hätte, daß daher die Kartäuser die Mutter seines Dramas „Die Räuber“ und der Herzog selbst der Vater desselben sei. Der Lehrer fügte hinzu, daß heute ein an einem Krankenhaus anwesender Arzt nicht so mundtot gemacht werden könnte wie damals der Militärarzt Schiller. Denn nach Artikel 118 der Reichsverfassung hätte jeder Deutsche und damit auch jeder Beamte das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort und Schrift frei zu äußern.

Die Schüler hörten mit der größten Aufmerksamkeit zu. Nach der Schule fragte Past den Herrn Oberschulrat, ob die eben gegebene Lektion lebendig genug sei. Dieser wich der Antwort durch die Gegenfrage aus: „Glauben Sie, daß Ihre Schüler für den heute von Ihnen behandelten Gegenstand schon Verständnis haben?“ Ohne die Antwort abzuwarten, ging er weg.

Past bereitete sich nun auf eine Lektion über Heinrich Heines Wintermärchen „Deutschland“ vor, die er dem Oberschulrat vorführen wollte, wenn dieser ihn wieder „besuchen“ würde. Er warnte diesmal monatelang vorab. Endlich kam der Oberschulrat. Drei Tage nachdem ein Artikel des Lehrers über den Unterricht im Geiste der Völkerverständigung erschienen war. Past ließ gerade ein deutsches Stück über Victor Hugo ins Französische übersetzen. Er legte den Schülern dar, wie dieser französische Dichter von Napoleon III., der Fürst vor seiner Kritik hatte, aus Frankreich verbannt wurde. „Berechtigte Kritik“, sagte der Lehrer, „läßt

sich auf die Dauer nicht unterdrücken. Als Heine aus Paris zu einem Besuch nach Deutschland kam und die Goldbeamten seinen Koffer nach Spitzeln und verdorbenen Büchern durchsuchten, da rief er ihnen zu, ihr Suchen sei vergebens, die Konterbande finde nicht in seinem Koffer, sondern in seinem Kopf.“

Hier hab' ich Spitzeln, die feiner sind
Als die von Krüssel und Nacheln,
Und paß' ich ein mein Spitzeln aus,
Sie werden euch sticheln und bescheln.

Und viele Bücher trag ich im Kopf!
Ich darf es euch versichern,
Mein Kopf ist ein zwitscherndes Vogelneß
Von konfiszierlichen Büchern.

Der Oberschulrat runzelte die Stirn. Nach einigen Minuten erhob er sich, ging mit einer leichten Verbeugung hinaus — und ward in der Klasse nicht mehr gesehen.

„Der arme Heinrich“.

Der Bezirksbildungsausschuss hat es wagemutig unternommen, das sehr wenig geklebte und deshalb kaum gekannte Spiel von Gerhart Hauptmann „Der arme Heinrich“, dem der Dichter selbst vorzüglich nicht den Titel Schaulspiel, sondern „eine deutsche Sage“ vorlehrt, im Neuen Theater am Zoo aufzuführen zu lassen. Aber auch das Stück selbst ist in der Tat ein Wagnis. Es handelt sich der Sage nach darum, daß ein „mitleidlicher“, d. h. ausführender Schwäbischer Graf durch das freiwillige in Liebe und Demut gebrachte Opfer eines Kindmädchens auf mystische Art von seinem Leiden geheilt werden soll. Die beiden Mädchen nach Italien zu einem Wunderarzt, unter dessen Messer das Mädchen sterben will, um damit den Geliebten von seiner Krankheit zu befreien. Der Graf nimmt aber im letzten Augenblick das Opfer nicht an, nicht mit dem Mädchen wieder heimwärts, erkant unterwegs die Genesung und heiratet die Gekelte. Soweit die Sage.

Hauptmann geht dem Problem psychologisch zu Weite und verwirrt die Geschichte für den modernen Menschen eigentlich noch. Nach ihm soll der Graf in dem Augenblick gesund geworden sein, als er das Mädchen opferbereit nackt auf dem Sofa des Sommer Arztes liegen sah. Man muß schon Mitglied der Christian Science sein, um die mystische Haltung des armen Heinrich für möglich zu halten. Der Hauptmann-Biograph Konrad Haensch hat vollkommen recht, wenn er das Werk als „einsam unter den Dichtungen Hauptmanns stehend“ bezeichnet. Es wird auch einsam und unbekannt bleiben, trotz seiner hervorragenden Sprachschönheiten, den psychologischen Feinheiten der Hauptrollen und seinem mitteleuropäischen Solorit. Die beiden Hauptrollen, der arme Heinrich und Diegebe, sein kein Gemacht, sind voll ungeheurer Schwierigkeiten. Wo sind heute die Großen unter unseren Bühnenschauspielern, die sie meistern könnten? Josef Kainz, der Unerlegte, Unverschiebte, hat sich am schwäbischen Ritter versucht. Am Sonntag war es Paul Mederow vom Deutschen Theater. In der Besetzung der Rolle, ausgezeichnet, beherrschte er die Sprache allzu souverän, zog allzu

haftig hauptsächlich verschiedenen Inhalts ineinander und war damit kaum noch in den vordere Reihen zu verstehen. Dennoch gelang es ihm, diesen in schwerer Krankheit durch Lebensar, Lebensschmerz und ständiges Verantwortungsbewußtsein hin- und hergerissenen Mann groß und edel und poetisch zu messern. Nora Jepsen gab die effizient-häckerische liebeskegelle Lüge, eine Rolle, die zu aufergebendlicher Bemerkung zwingt. Die Künstlerin tat es mit vielen starken guten Momenten.

Arne Garborg, der norwegische Dichter, ist gestern, 73 Jahre alt, in Alesund gestorben. Unter den epischen Dichtern Skandinaviens war er derjenige, der neben J. P. Jakobsen und Knut Hamsun die deutsche naturistische Literatur um die Jahrhundertwende am stärksten beeinflusst hat. Seine Romane „Bauernstudenten“, „Aus der Männerwelt“, „Bei Rama“ und „Råde Seelen“ wurden von der damals jungen Poetengeneration als Offenbarungen eines neuen Stils und einer neuen Welt- und Lebensanschauung mit Begeisterung aufgenommen und vielfach nachgeahmt. Seit zwei Jahrzehnten hörte man in Deutschland kaum noch etwas von ihm. Ein neues Geschlecht war herangewachsen, das auch in der Dichtung neue Wege einschlug. So wird es unter den jungen Literaten unserer Tage manchen geben, der den Namen Arne Garborg heute zum erstenmal hört. Einen Namen, der vor einem Menschenalter in aller Munde war und den man damals für unsterblich hielt.

„Caden Luks“, das im Verlage von A. H. M. Dieck Radf., Berlin, wöchentlich erscheinende Wochenschrift, liegt jetzt vor. Der reichhaltige Inhalt der mit aktuellen Schögen in Korikatur und satirischer Literatur ausstatten ersten Nummer wird bestreitet durch Roman wie G. Baluscha, Abetina, Arno Holz, Karl Holz, Bindenheden, Heinrich Jills u. a. m. Der samojen Kabrit „Consoirismus“ entnehmen wir folgende amüsante Partikelchen:

In den achtziger Jahren kam zuerst die stephanische Uebermittlung der Parliamentsberichte auf, funktionierte aber im Anfang noch sehr schlecht. So konnte es geschehen, daß der bekannte Fortschrittler Adler, ein müdlicher alter Herr, einmal im Reichstag an den Ausbruch trat: „Ich bin ein Freund der Frauenbewegung“, im Bericht der Presse aber nachher zu lesen stand: „Ich bin ein Freund der Frauen.“ (Wemung.)

Viktor Adler, der verstorbenen Führer der österreichischen Sozialdemokratie, steht mit seinem Sohne Friedrich zum Prozess Roman. Auf der Treppe bleibt Viktor Adler plötzlich stehen und sagt: „Schau, das ist wirklich eine für dies Gericht höchst notwendige Ausschreibung.“ Friedrich steht sich erkant und hat auf einem Emaille-Becken: „Es wird erucht, nicht auszusprechen.“

Der Preis der Einzelnummer beträgt 25 Pf. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Kuponreure und Postanstalten entgegen.

Die Wiedereröffnung des Theaters unter neuer Direktion wird am 12. erfolgen. Das Haus ist inzwischen einem Umbau unterzogen, der nach Entwürfen von Prof. Selar Klein ausgeführt worden ist. — Es öffnet nach das Haus mit Johas Operette „Prasautta“.

Die Funktionäre zum Angriff der Unternehmer

Nach dem Referat des Genossen Ströbel in der gestrigen Funktionärenkonferenz legte eine rege Diskussion ein.

Bleib heutzutage, daß in den Betrieben eine intensive Agitation für die Reichstagswahl betrieben werden muß. Deshalb müsse der Parteitag möglichst bald abgehalten werden und ein Wahlprogramm aufstellen, das der Betriebsagitation als Grundlage dienen könne. Im übrigen habe es keinen Wert, über vergangene Fehler in der Partei zu diskutieren, es müsse erörtert werden, was jetzt zu tun sei. Ein Zusammengehen mit den Kommunisten sei zu verwerfen.

Bernhard Krüger: Die Sozialdemokratie brauche sich nicht zu scheuen, Fehler, die sie gemacht habe, zuzugestehen, aber man müsse auch die Verhältnisse berücksichtigen, die daran schuld seien, daß die Entwicklung seit 1918 anders war als wir es wünschen. Der größte Fehler, den das Proletariat gemacht habe, sei der, daß es sich nach dem Zusammenbruch im November 1918 zerstreute, anstatt seine Kraft zu befestigen. Infolgedessen seien die Wahlen zur Nationalversammlung soweit hinausgeschoben worden, daß die proletarischen Parteien in der Minderheit blieben. So sei also nichts übrig geblieben, als Koalitionspolitik zu treiben. Aus den Erfahrungen der Vergangenheit könnten wir sehen, daß immer von den Regierungen, in denen keine Sozialdemokraten seien, eine unheilvolle Politik getrieben wurde. Natürlich können wir in der Regierung nur dann etwas für die Arbeiter erreichen, wenn die Arbeiterklasse hinter unseren Genossen in der Regierung steht. Nachdem das Ermächtigungsgesetz bewilligt war, hätten wir dessen Ausführung nicht den Bürgerlichen überlassen, sondern hineingehen sollen in die Regierung. (Beifall: Widerspruch.)

Wulfsch meint, die Rede des Genossen Ströbel sei kein verheißungsvoller Aufsatz für die Wahlbewegung. Wir dürfen nicht glauben, unsere Partei gehe zugrunde, wenn nicht in jeder Versammlung gegen die große Koalition gesprochen werde. Der große Mangel bei der Koalitionsfrage ist so wichtig wie die Brot- und Speckfrage. In Preußen habe doch niemand etwas gegen die große Koalition. Nach dem Kampf in der Metallindustrie seien Tausende von Arbeitern auf der Straße geblieben, und zwar nicht Kommunisten, sondern Mitglieder der USPD. Diese Tatsache zeige, daß die Unternehmer die Kommunisten nicht fürchten, sondern, soweit es sich um die Fortführung der Arbeit in den Gewerkschaften handelt, in ihnen ihre Bundesgenossen sehen. Die USPD aber betrachte die Unternehmer als ihre schärfsten Gegner.

Geisler führt aus, man dürfe nicht sagen, weil die Sozialdemokraten in der großen Koalition verfaßt haben, dürfe überhaupt keine Koalitionspolitik betrieben werden. Es komme darauf an, daß Genossen mit Rückgrat, wie Seevering in Preußen, in die Koalitionsregierung hineinkommen. Die Leitung der Partei müsse zu der Einsicht kommen, daß nicht die Wagenfrage, sondern die Erziehungs- und Bildungsfrage in den Vordergrund zu stellen sei.

Bender fordert, daß die führenden Parteigenossen, die der Partei ein Gesicht bereit haben, abreisen sollen. Die oppositionellen Führer müßten die Geschicke der Partei in die Hand nehmen, ohne Kompromisse zu schließen.

Hoffmann (Schwarzengrund) vertritt den Gedanken der Sozialisierung von Grund und Boden und ein dahinführendes Agrarprogramm.

Krüger: Die Koalitionspolitik habe uns von Niederlage zu Niederlage geführt. Die Koalitionspolitik sei nicht geschwächt an der Unfähigkeit einzelner Parteigenossen, sondern an den sozialen Gegensätzen, die zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie bestehen. (Sehr richtig!) Der Redner wendet sich gegen die Ausführungen Bernhard Krügers und schließt mit der Aufforderung, einig und geschlossen in den Wahlkampf zu gehen.

Günther: Auch die überreichlichen Genossen haben Koalitionspolitik getrieben, aber getragen von proletarischen Grundfragen. Die Koalition in Preußen darf nicht mit der Koalition im Reich verglichen werden.

Ströbel bemerkt im Schlußwort, er sei der Ansicht, daß wir Koalitionspolitik treiben können, aber nur dann, wenn eine gewisse Aussicht vorhanden ist, daß wir unsere Ziele durchsetzen können. Ist das nicht der Fall, sondern ist es so, daß reaktionäre Maßnahmen gegen den Willen unserer Genossen getroffen und diese dafür mitverantwortlich gemacht werden, dann sollen wir außerhalb der Regierung bleiben. Opposition treiben und dadurch die Massen um uns klären, um durch ihre Macht schließlich unsere Ziele zu erreichen. In der Beurteilung der tatsächlichen Verhältnisse von hier aus sollen wir vorwärts sein. Wenn wir im Wahlkampf unsere alten bewährten Grundzüge propagieren, wird der Erfolg nicht ausbleiben. (Beifall.)

Eine Entschließung, welche die Aufstellung und Durchführung eines Agrarprogramms fordert, wurde der Programmkommission der Partei übergeben.

Personalabbau und Schule.

Im ständigen Ausschuss des preussischen Landtages einigten sich die Parteien, nachdem der Kultusminister Dr. Boelke seine Pläne zur Durchführung des Personalabbaus im Schulwesen dargelegt hatte, gegen die Stimmen der Kommunisten auf folgenden Antrag der Deutschen Volkspartei:

„Anfang und Zeitpunkt der Verminderung bestimmt das Staatsministerium mit der Maßgabe, daß die Verminderung unter strenger Wahrung des Bildungs- und Kulturschutzes in erster Linie durch organisatorische Maßnahmen herbeigeführt wird. Eine schon erfolgte Verminderung kann berücksichtigt werden.“

Unter den organisatorischen Maßnahmen sind nach den Darlegungen des Kultusministers leichte Erhöhung der Frequenz der Klassen, leichte Erhöhung der Pflichtstundenzahl, sowie Einführung einer Art Planwirtschaft zu verstehen.

Lebenszeichen der Hitlerei.

München, 15. Januar. (Ill.) Bei der gestern abend im Löwenbräu-Keller von der bayerischen Mittelpartei veranstalteten Reichsgründungsfeier brachten „Nationalsozialisten“ Heilrufe auf Hitler und Ludendorff aus. Im Anschluß an das Deutschland-Lied stimmten sie wiederholt das Hitler-Lied an. Gleichartig wurden von der Galerie Flugblätter herabgeworfen. Dann bildeten die Hitlerler einen Demonstrationsszug, der schnell nach dem Bahnhofsplatz zog, hier aber durch die Polizei zerstreut wurde.

Die Berufung im Offenbacher Polizeiprozess wird am 17. Januar in Mainz verhandelt werden.

Aus der Partei.

Medienburgischer Bezirksparteitag.

Am Sonnabend und Sonntag tagte in Schwere in der Bezirksparzellung unserer medienburgischen Genossen. Aus allen Landesteilen waren die Delegierten zahlreich vertreten und auf dem Parteitag herrschte eine ausserordentlich kampfesfreudige Stimmung. Genosse Dr. Herz-Berlin referierte über die Reichspolitik, Genosse Rostmann-Schwerin über die medienburgische Landespolitik. Ein beide Referate schloß sich eine ausgiebige Aussprache in der für und Wider eingehend erörtert wurde. Es erfolgte die Aufstellung der Kandidatenliste für die kommenden Landtagswahlen. Von allgemeinem Interesse ist die Tatsache, daß der Bezirksparteitag einen Antrag, die Fraktion in der Provinz einer eventuellen Koalition zu binden, ablehnte. — Die Liste der Kandidaten für die Reichstagswahlen wurde wie folgt festgestellt: 1. Kröger-Koloff, 2. Dr. Leber-Büsch, 3. Stelling-Schwerin, 4. Rottmann-Schwerin.

Die Wirtschaftslage Berlins.

Die Umstellung in die Goldmarkrechnung. — Fehlende Steuerquellen.

Die Stadt Berlin ist in der Lage, der Öffentlichkeit jetzt ungefähr einen Ueberblick über ihre augenblickliche Wirtschaftslage, wie über den voraussichtlichen Haushaltsvoranschlag für das Jahr 1924 (1. April 1924 bis 31. März 1925) zu geben. Diese Ueberblick kann zweifellos, da es sich um die größte deutsche Stadt handelt und da die Ueberleitung der gemeindlichen Finanzen aus der Papiergeldwirtschaft in die Goldmarkrechnung eines der wichtigsten Probleme bei der Gesundung der deutschen Wirtschaftslage darstellt, allgemeines Interesse beanspruchen.

Wenn man schätzungsweise den Staatsbedarf, der jetzt zu Groß-Berlin zusammengefaßten Gemeinden im Jahre 1913 (ohne Werke, Straßenbahnen, Güter usw., die aus dem Haushalt entfernt sind) mit 300 Goldmillionen annimmt (190 Goldmillionen für Alt-Berlin), dann kommt man zu dem Ergebnis, daß der Staatsvoranschlag für 1924 mit schätzungsweise 260 bis 280 Goldmillionen sich beinahe auf derselben Höhe wie in Friedenszeiten bewegt. Die Verrentierung der Personalausgaben, die durch den starken Abbau der Beamtengehälter erreicht wird (50 Prozent der Friedensgehälter), wird also im wesentlichen wieder ausgeglichen durch die starke Erweiterung des Aufgabekreises der Gemeinde. (Wohnungswirtschaft, Sozial-, Kleinrentner-, Kriegsfürsorge usw. usw.) Eine Umrechnung der Papiermarkziffern des Berliner Staats in den Jahren 1921, 1922 und 1923 unter Anwendung der Lebenshaltungsindexziffern ergab ähnliche Ziffern, nämlich im Durchschnitt 250 Millionen Goldmark jährliche Ausgaben. Die steuerlichen Einnahmen schätzt der Berliner Kommerner für 1924 unter der Voraussetzung einer Erhöhung der Grundsteuer auf 100 Prozent der staatlichen Steuer mit 120 Millionen Goldmark gegen 160 Millionen Goldmark im Jahre 1913. Die Ueberhälle der Bezüge, die in Berlin zurzeit 5 Prozent ihres Bruttoeinkommens an die Kommereikasse abzuführen haben, werden auf circa 8 Millionen Goldmark geschätzt. Die Beizoldnungszuschüsse des Reiches sollen für das erste Quartal 1924 etwa 3,5 Goldmillionen bringen. Nimmt man ferner an, daß ein beträchtlicher Teil von Einnahmen noch aus allgemeinen Einnahmen der Kommereikasse fließen wird — im ersten Quartal 1924 schätzungsweise 15 Millionen — so bliebe immer noch ein steuerliches Defizit für 1924 von 30 bis 40 Goldmillionen zu decken, die aus dem Ertrage der vom Reich beabsichtigten Mietzinssteuer oder auf anderem Wege aufgebracht werden müßten. Trotz alledem kann man sagen, daß dieser erste Ueberblick, der an die Öffentlichkeit kommt, nicht zu dem Pessimismus Anlaß gibt, der bisher üblich war. — Interessant ist, daß bereits im ersten Quartal 1924 sich die Relation der einzelnen großen Steuerarten wieder mehr dem Friedensverhältnis angeeignet hat. Die Inkassozentrale hatte dazu geführt, daß die Steuern nicht mehr in kleine und große Gemeindefeuern, sondern in Steuern hinterherhinken und in ihrem Ertrage bescheidenen bedeutungslos wurden. In Berlin brachten z. B. monatlang Veranlagungssteuer, Erbvermächtnissteuer, Hundsteuer usw. beinahe die einzigen Erträge der gemeindlichen Steuerwirtschaft, während die Gemeindefeuern auf einen übermäßig geringen Goldertrag zurückzuführen sind. Jetzt hat sich dieses Verhältnis bereits grundlegend geändert. Die Gewerbesteuer einschließlich einer Pohnsummensteuer von 1 Prozent) wird mit 5,2 Millionen veranschlagt, während auf Veranlagungssteuer im Quartal 1,5, Beherbergungssteuer 0,2 und Hundsteuer 1 Million Goldmark entfallen.

Das eine kann bereits heute ohne weiteres festgestellt werden: ohne eine Ueberweisung neuer Steuerquellen an die Gemeinden wird eine Ausbafanzierung der Gemeindefeuern in Deutschland kaum möglich sein. Die Beratungen über die dritte Steuerreformordnung, die in der Reichsregierung immer noch nicht zum Abschluß gekommen sind, sind deshalb für jede weitere kommunalpolitische Arbeit von ausschlaggebender Bedeutung.

Emmingers Geist in Moabit.

Unter der Herrschaft der Notverordnung.

Die Neuordnung des Strafverfahrens auf Grund der heute in Kraft getretenen Notverordnung des Reichsjustizministers gestaltete sich ohne jede Störung. Bei den Anwohner sind die Schöffen verschwunden. Der bisherige Vorsitzende der Schöffenabteilungen ist allein an dem Richteramt und urteilt als Einzelrichter die Strafsachen ab. Die Schwurgerichtssäle sind heute geschlossen. Im großen Schwurgerichtssaal wird morgen die beim Landgericht I gebildete Hilfsstrafkammer die Verhandlung über die nach abzurteilenden Schwurgerichtssachen fortführen. Verdächtig ist der Korridor im alten Kriminalgerichtsgebäude, in dem die Säle für Privatklagen liegen, die, wie bekannt, bis zum 1. April ruhen.

Bei den Strafkammern ist bisher noch keine Wendung eingetreten. Hier werden die Strafsachen vorläufig noch durch das 3. Richterkollegium abgeurteilt. Die beim Schwurgericht des Landgerichts II von heute ab angefaßt gewesenen Termine sind auf die verschiedenen Strafkammern verteilt worden. Die erste Strafkammer hat heute bereits an Stelle des Schwurgerichts angefaßt. Es handelte sich um eine Anklage gegen einen inzwischen entlassenen Kommunalbeamten, der Klassenunterzahlungen bezogen hatte, wegen Amtsverbrechens. Rechtsanwältin Bahn beantragte Verlegung, da die Bezeitrung nicht gewahrt sei. Er sei vor das Schwurgericht, und nicht vor die Strafkammer geladen worden. Außerdem betrage § 16 des Gerichtsverfassungsgesetzes, daß die Zuständigkeit sich nach dem Zeitpunkt der Tat und nicht nach der Aburteilung richte. Demgemäß läme für alle Sachen, in denen vor dem Schwurgericht das Verfahren eröffnet worden sei, nach das Verfahren vor dem Schwurgericht in Betracht. Das Gericht lehnte den Verlegungsantrag mit der Begründung ab, die Zuständigkeit der Strafkammer beruhe auf der Verordnung vom 4. Januar, die ordnungsmäßig im Rahmen des Ermächtigungsgesetzes erlassen worden sei. Damit seien für Schwurgerichtssachen in der Uebergangszeit getrennt Richter der Strafkammern. Einer besonderen erneuten Ladung vor die Strafkammer hätte es nicht bedurft; im übrigen läme bei der Venderung der Zuständigkeit durch Gesetz oder durch Verordnung der Zeitpunkt der Aburteilung und nicht die zur Zeit der Tat bestandene Zuständigkeit in Frage. Der Fall endete mit einer Verurteilung des Angeklagten zu 6 Monaten Gefängnis.

Die Klagen der ausländischen Studenten.

Die ausländischen Studenten, die nach Deutschland als Freunde des deutschen Volkes kamen, die seine Kultur und sein Wesen kennen lernen wollen, sind nach der Marktstabilisierung, durch die hohen Ausländergebühren, die jetzt noch erhoben werden, in arge Bedrängnis geraten. Sie müssen kämpfen, um in Deutschland weiterstudieren zu können. So hatte der Aktionsausschuss der ausländischen Studentenverbände im großen Saale der Koro-Dichtspiele eine Versammlung einberufen. Den Vorstuh führte ein Türke, während Redner aus Rumänien, Griechenland, Ungarn, Indien, Rußland usw. auftraten. Man hörte, daß die deutschen maßgebenden Stellen zuerst versichert hätten, es solle kein ausländischer Student wegen der hohen Ausländergebühren Deutschland verlassen müssen. In Deutschland lebe man jetzt 70 Prozent teurer als im nächstliegenden Lande, aber der ausländische Student müsse dissonantrecht einen Ausländerzuschlag bezahlen, und zwar, wie die Behörde sagt: „aus technischen Gründen“. Professoren aller Fakultäten sind für die Bitte der ausländischen Studenten eingetreten. Sogar ein „nationaler“ Blatt habe betont, man dürfe den ausländischen Studenten das Studieren nicht

zur Unmöglichkeit machen, denn Deutschland habe Freunde in der Welt nötig und jetzt mehr denn je. Die deutsche Bureaucratie aber kenne für die Ausländer nur den Dollarschlag. Zu den Ausländern, die als Blutsauger kamen, gehören die Studenten nicht. Die ausländischen Studenten wollen keinerlei Begünstigungen, sie wollen nur, jetzt nach der Marktstabilisierung, den Fortfall der Ausländergebühren, der ihnen das Verbleiben zur Unmöglichkeit macht. Es geht nicht an, daß zuerst von maßgebenden Stellen große Versprechungen gemacht werden und es dann heißt, innerhalb von drei Tagen muß bezahlt werden. Das bedeutet unnütze Opfer bringen, wenn, wie es jetzt vorgekommen ist, ein Student, trotz der Kälte, seinen Mantel verkauft hat, nur um den Ausländerzuschlag bezahlen zu können. Die ausländischen Studenten müssen einen Zutritt zu den deutschen Universitäten fernhalten und in ihrem Heimatland eine Warnung vor dem Studium in Deutschland erteilen. Die Schweiz kommt den ausländischen Studenten ganz anders entgegen und ebenso Frankreich, Italien und Belgien. Diesen drei Ländern liegt nämlich an der Heranziehung ausländischer Studenten und es besteht die begründete Hoffnung, daß den aus technischen Gründen Deutschland verlassen müßenden Studenten dort die hier absolvierten Semester angerechnet werden.

Eine Lustgründung.

Die vertrauensverweckende Genossenschaft.

Berliner Geschäfte erhielten in den letzten Tagen auf vornehmen Briefbogen mit dem Kopfspruch „Kreisverband Udermärkischer Landwirte, eingetragene Wirtschaftsgenossenschaft mit beschränkter Haftung“ die Mitteilung, daß die Mitglieder des Verbandes großen Bedarf an Zigaretten im Preise von 10 bis 15 Pf. hätten. Als Sitz der Genossenschaft war Breslau angegeben, als Sitz einer Zweigstelle Berlin, Martin-Luther-Str. 3, Fernsprecher Rollendorf 8246. Die Speicherverwaltung stellte sich in der Späherstraße, Fernsprecher Umland 3688, befinden. Untergezeichnet waren die Briefe durch A. Richter und Hoffmann. Angebote sollten nur schriftlich eingereicht werden. Einige Firmen, die zunächst durch den Fernsprecher anfragten, erhielten befriedigende Auskunft und lieferten nach Vereinbarung bahnschifffertig verpackt für 1100 bis 1300 Goldmark Zigaretten nach dem Anhalter oder Potsdamer Bahnhof. Die Abrechnung sollte, wie ebenfalls auf dem Briefbogen im Kopfspruch stand, am 1. oder 15. eines jeden Monats stattfinden. Man hielt eine derartige Genossenschaft für durchaus sicher und gewöhnte sich gern den Kredit mit so kurzer Frist. Bei der Abrechnung zeigte sich jedoch, daß man es mit der Lustgründung eines geriebenen Schwindlers zu tun hatte. Ein Hausdiener hatte die Ware am Bahnhof in Empfang genommen und mit einem Expeditionsführer nach einer ihm bezeichneten Stelle am Arbeitsplatz gebracht. Hier hatte ein zweiter Hausdiener die ganze Fracht auf einen bereitgehaltenen Handwagen übergeladen. Selbst in waren „Richter und Hoffmann“ und auch die Zigaretten spurlos verschwunden. So büßten die Verkäufer am vergangenen Sonnabend zusammen 6000 Goldmark ein. Die Kriminalpolizei stellte fest, daß es sich um einen gemeinschaftlichen Gräueltatenschwindler handelte, der in Abständen von etwa drei bis vier Monaten solche Schwindeltaten verübte, wenn er nicht gerade hinter Schloß und Riegel sitzt. Der gefährliche Gräueltat ist etwa 35 bis 36 Jahre alt und etwa 1,75 Meter groß und hat blondes Haar und ein glattrasiertes Gesicht. Mitternachten, die geeignet sind, ihn unschädlich zu machen, nimmt Kriminalkommissar Linnemann, Dienststelle B. 11. 1., im Polizeipräsidium entgegen.

Sich selbst gerichtet.

Es ist eine alte Erfahrung, daß Raubheben an ihrer eigenen Dummheit zugrunde gehen und das ist im Interesse der Arbeiterbewegung zu begrüßen. Zu bedauern ist nur, daß Teile der Arbeiterklasse auf solche Weise immer wieder hineinkommen. Seit 1919 wirkt in Oberschlesien ein gewisser Max Schröder. Sein arbeiterfreundliches Wirken zeigte sich schon in seiner Tätigkeit als Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes, dessen Verammlungen er in kurzer Zeit zum Tummelplatz kommunistischer Verammlungen gestaltete. Aus der Organisation ausgeschlossen, pendelte er dann zwischen SPD. und KPD-Politik hin und her und richtete seine Haupttätigkeit auf die Beschimpfung der Gewerkschaftsführer und Führer unserer Partei. Als Bezirksleiter seiner Partei hatte er zum Anlauf von Wassen, Runkeln usw. für die Zwecke der „Weltrevolution“ die Dollarheupostkasse zu verwalten. Seine Parteifreunde müßten nun bei einer Revision der Kasse die Falsche verzeichnen, daß ihr Abreiß es prächtig verstanden hat, Gelder der Partei für seine eigenen persönlichen Bedürfnisse zu verwenden. Den gleichen Weg nahmen Gelder des Freiendebundes, die ihm zur Beschaffung von Jugendbüchern übergeben wurden. Er hat sich damit selbst gerichtet.

Eine Familientragödie wird aus der Wisnerstraße 71 gemeldet. Als der hier wohnende Schuhmacher Wilhelm Reich ebenda nach Hause kam, fand er keinen Einlaß. Er beschloß, die Polizei und sich öffnen. Seine Frau und sein Söhnchen waren bemutlos in der mit Gas angefüllten Küche. Someriter der Feuerwehr ziele die Frau mit dem Sauerstoffapparat ins Leben zurück und brachten sie als Polizeifangene nach dem Krankenhaus. Der Kleine war bereits tot.

Die Fällungen der Stadtdollars häufen sich. Die Stadt Berlin wird benutzten, welcher die Festnahme eines dieser Fälliger herbeiführen kann, bis zu 1000 Goldmark Belohnung zahlen.

Schupkonzert für die Berliner Waisenkinder. Das Sinfonieorchester der Schutzpolizei unter seinem Dirigenten Clemens Schmalstieg, das zu Weihnachten mit bestem Erfolg ein Konzert zugunsten der deutschen Volkspolizei veranstaltete, wird am 18. Januar d. J. um 7½ Uhr abends im Rarmoraal des Zoo zum Besten der privaten Berliner Waisenhäuser spielen. Das Protokoll hat Oberbrennermeister Böhler übernommen. Das Konzert erhöht ein besonderes Interesse dadurch, daß Kammer Sänger Walter Kirchhoff zum ersten Male in Berlin Volkslieder am Mikro singt. Eintrittskarten zum Preise von 1 bis 3 M. sind bei Wertheim, Bote u. Bod usw. erhältlich.

Die Straßenbahnlinie 11 wird am 15. d. M. in Betrieb genommen. Die Linie verkehrt zwischen Hutenstraße—Lehrer Bahnhof—Strittner Bahnhof—Köpenicker Straße—Köpenicker Brücke (Schlesischer Bahnhof)—Tropium—Eisenstraße—Ringbahnhof—Reutlin.

Neues Erdbeben in Japan.

London, 15. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Aus Tokio wird gemeldet, daß heute noch ein neues Erdbeben in Japan zu veripieren war. Soweit bisher bekannt, sind keine Todesfälle zu beklagen. Die meisten Städte, u. a. Toho, Fotschima, Kioto, Osaka und Kobe, wurden erschütterter, die Eisenbahnverbindung Tokio—Fotschima unterbrochen.

Das Landesheater in Neustrelitz niedergebrannt. Im Gebäude des Landesheaters in Neustrelitz brach ein Feuer aus, das in wenigen Stunden den ganzen Bau bis auf die Grundmauern einäscherte. Ueber die Ursache des Brandes konnte bisher nichts ermittelt werden.

Unentgeltlicher Stenographie- und Geigenunterricht wird in einer Reihe Wiener Volkshulen eingeführt. Uebrigens ist die Volkshule im ganzen ehemaligen Oesterreich von Bregenz bis Czernowitz und von Bodenbach bis Cattaro simultan. Konfessionelle Schulen sind Vereinsanstalten und sehr selten.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

6. Acels-Breslauer Berg. Die Abteilungsleiter werden ersucht, zur Bundeskonferenz am Mittwoch die letzte Berichtsberechnung mit Angabe der Mittelbericht mitzubringen und an die Kreisleitung abzugeben. Jungvolk. Gruppe Schwarzberg: Mittwoch, den 13. Januar, abends 8½ Uhr, 6. Gmelindesule, Dorfburgplatz, Vortrag: „Unser Stellung zum Staat“.

Gewerkschaftsbewegung

Wo bleibt das Hausgehilfengesetz?

Neben den Gesetzentwürfen über die Arbeitszeit der gewerblichen Arbeitnehmer und Angestellten ist im Jahre 1921 auch der Entwurf eines Hausgehilfengesetzes, das unter anderem die Regelung der Arbeitszeit für das Hausgehilfenpersonal in privaten Haushalten bringen sollte, vom Reichsarbeitsministerium herausgegeben worden. Dieser Entwurf ist dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung übermittelt worden, der sein Gutachten bereits im Oktober 1922 dem Reichstag übermittelt hat. Inzwischen ist darüber weiter nichts bekannt geworden, als daß der Reichstag im J. 1923 mit dem Entwurf beschäftigt hat und daß bei den Schwierigkeiten, die gerade die Neugestaltung des Rechts dieser Arbeitnehmergruppe bereitet, die Beratungen darüber im Reichstag sehr eingehende seien und deshalb noch längere Zeit in Anspruch nehmen würden. Nun ist bereits wieder ein halbes Jahr vergangen, ohne daß bekannt geworden wäre, ob und wann dieses Gesetz dem Reichstag zur endgültigen Beschlußfassung zugegangen ist.

Da dieses Gesetz bestimmt ist, nach Aufhebung der alten Bestimmungen die Arbeitsverhältnisse der häuslichen Arbeitnehmer in Privathaushaltungen im Rahmen des durch die Verfassung verheißenen Arbeitsrechts neuzeitlich zu regeln, wäre es endlich Zeit, dieses Gesetz im Reichstage zur Verabschiedung zu bringen.

Vor allen Dingen muß die tägliche Arbeitszeit, die heute noch ohne Gewährung eines vollen wöchentlichen Ruhetages in vielen Haushalten ohne bestimmte Pausen 14 bis 15 Stunden dauert, gesetzlich auf 10 Stunden geregelt werden. Im übrigen muß das Gesetz den Hausgehilfen neben umfangreichen Pflichten auch Rechte im Arbeitsverhältnis schaffen. Es werden von den Hausgehilfen Pflichten gefordert in bezug auf Betragen, Fleiß und Ehrlichkeit, die zu erfüllen man nur von erstklassigen Menschen verlangen kann. Dementsprechend dürfen sie nicht weiter als Varias betrachtet werden, sondern müssen als vollwertig angesehen und mit den Rechten ausgestattet werden, die in bezug auf Freiheit, Wohnung und Beschäftigung usw. einem erstklassigen Arbeitnehmer zustehen.

Was heute in einem finanziellen Wert möglich ist.

In dem Betrieb der Deutschen Speisefett- und Margarinewerke, „Dema“, der sich auf dem Gelände der ehemaligen staatlichen Konfervenfabrik Haschdorf bei Spandau befindet, scheint die Direktion alle reaktionären Bestrebungen der Privatindustrie übertrieben zu wollen. Schon im Winter 1922-23 schloß die Direktion, um den Betriebsrat los zu werden, einfach den Betrieb, ohne sich um irgendeine Demobilisierungsverordnung zu kümmern. Nach Eingreifen der Organisation wurde der Betrieb wieder eröffnet, doch hatte die Firma ihr Ziel, den Betriebsrat los zu werden, erreicht, unterstützt durch das Verhalten der Belegschaft, die in Punktorganisation nicht auf der Höhe war. Da aber der neu gewählte Betriebsrat nicht nach ihren Wünschen war, ging sie dazu über, diesen und die Belegschaft zu schikanieren. Bald wurden 100 Personen eingestellt, an demselben Abend 30 Personen entlassen, am nächsten Morgen wieder die doppelte Zahl eingestellt, um dann nach kurzer Zeit wieder 200 bis 300 Personen hinauszuwerfen. So ging es den ganzen Sommer und Herbst hindurch.

Als nun Ende des vorigen Jahres der allgemeine Sturm der Arbeitgeber auf die Rechte der Arbeitnehmer einsetzte, wurde dem Betriebsrat kurzerhand diktiert, der Belegschaft mitzuteilen, entweder 10 Stunden pro Tag zu arbeiten, oder es würden 2 Schichten zu je 8 Stunden eingeführt. Als die Belegschaft sich weigerte, wurde der Betriebsrat zu Hilfe geholt, der auch die Bewilligung zur Stilllegung erließ. Nun wurde nicht etwa der Betrieb gänzlich geschlossen, sondern eine treue Truppe behalten, während man die übrige Belegschaft auf die Straße leckte. Selbstverständlich blieben die Angestellten, ganz besonders der zahlreiche Stamm der höheren Angestellten, im Betriebe, trotzdem der Betrieb fast auf ein Zehntel eingeschränkt war. Um den Arbeitern das Fest der Liebe ganz besonders schön zu gestalten, geschah dies am 22. Dezember. Vorher hatte man die Belegschaft zu Überstunden bis 12 Stunden pro Tag gezwungen und die Beschaffung billiger Lebensmittel zugelassen, die unter günstigen Bedingungen abgegeben werden sollten. Die Dultung wurde am 22. Dezember gegeben, indem die große Mehrzahl bei der Entlassung überhaupt keinen Lohn mehr bekam, so, ihnen gefasst wurde, sie hätten noch Schulden.

Die Direktion glaubte nun den Boden vorbereitet zu haben. Am 2. Januar wurden erneut 130 Mann eingestellt. Die Bedingungen, zu denen diese eingestellt wurden, sollten ihnen später unterbreitet werden. Am Sonnabend, den 3. Januar, prangte dann ein Anschlag, daß ab Montag, den

7. Januar, 10 Stunden gearbeitet werde, dafür der Lohn von 48 Pf. auf 40 Pf. herabgesetzt würde, obwohl ein verbindlicher Tarif für die Margarineindustrie besteht, der die 48stündige Arbeitszeit vorsieht und den Lohn bis 5. Januar mit 48 Pf., ab 6. Januar mit 51 Pf. festsetzt. Es scheint aber, daß die Direktion auch jetzt der Belegschaft nicht ganz sicher war, denn bevor der Anschlag erschien, wurde ein Teil der Neueingestellten und auch einige Mitglieder des Kampfbetriebsrats entlassen.

Wir schämen dies so eingehend, ohne für heute auf die sonstigen Zustände dieses Betriebes einzugehen, weil wir der Auffassung sind, daß ein Betrieb, dessen Gründung erst durch Staatsgelder ermöglicht wurde, zweitens ein Produkt fabriziert, dessen Konsument in erster Linie die arbeitende Bevölkerung ist, Rückfragen auf die Öffentlichkeit und auf die gesetzlichen Vorschriften nehmen mußte.

Es soll nicht unterlassen werden, darauf hinzuweisen, daß die dort beschäftigt gewesenen Arbeiter sich insofern mitschuldig ist, als ihr die Organisation nie genug geleistet hat. Beiträge „sparen“ war vorteilhafter, aber in revolutionärem Wortsinn konnte nicht genug getan werden. Dadurch hatte die Direktion ein leichtes Spiel. Hoffentlich zieht die jetzige Belegschaft die Lehre aus der Vergangenheit.

Zur Arbeitszeit in den Brauereien.

Vom Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands, Ortsverein Berlin, wird uns geschrieben: Von den Brauereien wird ebenfalls mit Hochdruck versucht, die Arbeitszeit über 48 Stunden auszudehnen. Durch Diktat und Aussperrung, in Hamburg und anderen Städten, wurde die bis jetzt unter 48 Stunden betragende Arbeitszeit verlängert. Gefällige Schiedssprüche werden nicht anerkannt. Die Verschleierungen sollen nach einem Schema für die ganzen Brauereien Deutschlands erfolgen.

In einem kürzlich vom Deutschen Brauerbund an die Brauereiernehmer gerichteten Rundschreiben werden den Arbeitgebern einheitliche Vorschläge zur Niederführung der Arbeiter unterbreitet. Die Brauereien haben vergessen, daß es schon vor dem Kriege Orte gab, wo für einen Teil der beschäftigten Brauereiarbeiter die 48stündige Arbeitszeit eingeführt war. Auch für Berlin trifft dies zu. Wenn die Brauereiernehmer trotzdem glauben, ihr Diktat rücksichtslos durchzubringen, so kann schon heute gefast werden, daß sich das einmal bitter rächen wird. Nachdem man in Berlin erst die 45 1/2 stündige Arbeitszeit diktiert und sie dann durch ein Schiedsgericht gegen die Stimmen der Arbeitnehmer bestätigen ließ, geht der Versuch zur Verlängerung über 48 Stunden weiter.

Den Anfang soll mit den in den Niederlagen beschäftigten Arbeitnehmern gemacht werden. Man versucht die rund um Berlin liegenden Orte in eine andere Zone zu drängen. Bestingt der Anschlag, so bedeutet das für die betroffenen Arbeitnehmer eine erhebliche Kürzung ihrer Löhne. Falls die Arbeitnehmer nicht zustimmen, droht der Verein der Brauereien mit seinem Anschluß an die örtlichen Arbeitgeberverbände.

Die Niederlagenarbeiter sollen netto 54 Stunden die Woche arbeiten. Für die Fahrer und das Stallpersonal soll die Arbeitszeit sogar auf 57 Stunden ausgedehnt werden. Eine Vergütung für Überstunden soll dem Fahrpersonal nicht mehr gewährt werden. Also Arbeiten ohne jegliches Recht auf Bezahlung.

Die als Tarifkonventionen in Frage kommenden Organisationen werden zu einem solchen Monstrum ihre Zustimmung nicht geben.

Lohnkonflikt in der chemischen Industrie.

Die Funktionäre der Organisationen, die im Chemiefabrik vereinigt sind, nahmen gestern einen Bericht Benthins über die Verhandlungen beim Demobilisierungskommissar zwecks Verbindlichkeitsklärung des am 29. Dezember v. J. gefällten Schiedsspruches entgegen. Die Unternehmer stellten sich auf den Standpunkt, unter keinen Umständen eine Nachzahlung bewilligen zu können. Die Demobilisierungsleiter forderten die Verbindlichkeitsklärung. Die Verhandlungen, die oft genug zu scheitern drohen, ergaben schließlich einen Vermittlungsvorschlag des Kommissars auf folgender Grundlage:

Für die Zeit vom 12. Dezember 1923 bis 2. Januar 1924 erhalten die Arbeitnehmer, die zum Bezug von Familienzulage berechtigt sind, eine einmalige Zulage in Höhe des Lohnbetrages für 24 Arbeitsstunden; die Arbeitnehmer, die keine Familienzulage erhalten, eine Zulage von 20 Arbeitsstunden. Diese Zulage wird an alle Arbeitnehmer zur Auszahlung gebracht, die noch in den Betrieben beschäftigt sind und die, die in der Zwischenzeit lediglich wegen Arbeitsmangels entlassen sind, hat die Entlassung in der Zeit vom 12. Dezember bis 2. Januar stattgefunden, richtet sich die Höhe der Zulage nach der Dauer der Beschäftigung in diesem Zeitraum. Kurzarbeiter mit weniger als 30stündiger Wochenarbeitszeit erhalten eine Zulage in Höhe des Lohnbetrages von 16 bzw. 20 Arbeitsstunden.

Vom 2. bis 22. Januar 1924 beträgt der Spitzenlohn für den ungelerneten Arbeiter weiter 45 Pf. die Stunde.

Benthin meinte am Schluß seiner Ausführungen, daß die Verhandlung zu entscheiden hätte zwischen der Annahme des Vergleichsvorschlages und der Verbindlichkeitsklärung, die aber sehr zweifelhaft sei.

Die Aussprache ergab bei allen Rednern eine ablehnende Stellungnahme. Die Abstimmung fiel dementsprechend aus.

Zur Aussperrung der Mannheimer Metallarbeiter wurden auf Veranlassung des bayerischen Arbeitsministers die Parteien nochmals zu einer für heute anberaumten Sitzung eingeladen, um die Lage zu besprechen.

Verband der Gemeindev. und Staatsarbeiter, Filiale Groß-Berlin. Sprechabend: Mittwoch abend 8 Uhr im großen Saal der Brauerei Rönigk, Schönehauser Allee 10-11, allgemeine Gewerkschaftsversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über Lohn- und Mantelarbeit bei der Berliner Gaswerk AG. 2. Diskussion. Erscheinen aller freigeschäftlich organisierten Kollegen, die vom Schiedsamt vertreten werden, ist erforderlich. Mitgliedschaft muß am Sprechabend vorgewiesen werden. Die Tagesordnung.

Vollversammlung der Gewerkschaftskommission, des WFG-Ortsvereins nach dem Unternehmerratsbeschluss am Donnerstag abend 8 1/2 Uhr im Saal 15 des Deutschen Abgeordnetenhauses, Pringelstraße. Tagesordnung: Die Arbeitszeitverordnung und der Kampf um den Schiedsamt. Referent: Genosse Seipart, Vorsitzender des WFG.

Wirtschaft

Falsche Hoffnung auf sozialen Frieden.

Die „Berliner Börsenzeitung“, der niemand allzuviel Arbeiterfreundlichkeit nachsagen mag, äußert sich in einem ersten Artikel über die Pflicht gegen die Nation, die für Arbeitnehmer und für Arbeitgeber gelte. Es heißt da u. a.:

„Es ist richtig, daß sich in der Lohnfrage die Gegensätze auf das härteste berühren. Selbner, Rohstoffpreise und Absatzmangel entwickeln hier unerhittliche Gesehe. Doch der Reallohn des deutschen Arbeiters ist niedrig genug. Er ernährt sich vielfach um mehr als 20 oder 30 Prozent vom Reallohn der Vorkriegszeit und steht im allgemeinen hart an der Grenze des Ertragsbaren. Denn während der Lohn hinter den Vorkriegslohn zurückbleibt, gehen die Preise für Ernährung und Bekleidung weit darüber hinaus, und während man diese Einschränkung des Einkommens dem Arbeiter auferlegt, denkt man oft nicht daran, den Gewinnanteil beim Warenverkauf herabzusetzen und auch die hohen und höchsten Gehälter und Speise zu kürzen. Hier ist die Last des Arbeiters schwer genug, und sie wird nicht leichter dadurch, daß er vielfach eine Heppigkeit der persönlichen Lebensführung beobachten muß, die ein schneidender Lohn auf die Not der deutschen Wirtschaft ist. Es wäre bei dieser Sachlage durchaus falsch, wenn die Wirtschaft glaubte, ihre Rettung auf dem Wege der Lohnkürzung suchen zu können. Hier ist kein Raum für wesentliche Änderungen. Der muß an anderer Stelle gesucht werden.“

Die „andere Stelle“ für wesentliche Änderungen ist selbstverständlich die — Arbeitszeit. Darüber brauchen wir nicht zu debattieren. Die Arbeitnehmer kennen die Gründe, weshalb sie sich gegen die Verlängerung der Arbeitszeit wehren, und denen, die in der Verlängerung der Arbeitszeit das Mittelmittel sehen, ist mit Vernunftgründen doch nicht beizukommen. Deswegen werden die Auseinandersetzungen, die jetzt kaum noch abreißen, nicht „einander näherführen“, wie die „SBZ.“ es erhofft, sie werden der Aufricht zu großen Kämpfen sein, die unsere Wirtschaft erschüttern, gerade in dem Augenblick, da sie sich erholt. Das wird dann wieder nicht den sozialen Frieden fördern, dank der derzeitigen Unernunft der Arbeitnehmer, die meinen, jetzt sei die Zeit gekommen, den Arbeiter endgültig niederzurängen.

Wie sieht man den Handelsstil einer Tageszeitung? Die beiden Handelsredakteure der „Frankfurter Zeitung“, Rahn und Rapphals, geben jetzt in neuer Bearbeitung ihr praktisches Lehrbüchlein vom Handelsstil der Tageszeitungen wieder heraus. Es ist damit einem praktischen Bedürfnis nachgekommen. Die Frankfurter Sockel-Druckerei G. m. b. H., Abteilung Buchverlag, hat die bei ihr übliche ordentliche Ausstattung dazu geliefert. Das Nachschlagebuch ist mit seinen 275 Seiten Text für jeden interessierten Laien nicht nur lehrreich, sondern auch unterhaltsam, was man nicht von jedem nationalökonomischen Buche sagen kann. Es ist weder das notwendige Stiefchen der Wirtschaftsgeographie noch die Erläuterung der Manen und der Fachausdrücke vergessen. Wir empfehlen die Arbeit im besondern unseren Gewerkschaftlern und Betriebsräten. Aber auch die Spezialisten für volkswirtschaftliche Fragen unter unseren Rednern und Lehrern werden gern in dem Hilfsbuch Rahn-Rapphals nachschlagen.

Verantwortlich für Inhalt: Carl Krüger; Wirtschaft: Walter Gatenmann; Gewerkschaftsbewegung: F. Götter; Feuilleton: R. G. Böhm; Satire und Sonette: Felix Karst; Anzeigen: H. Glöck; Familie in Berlin; Verlag: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher-Verlag und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Letzte Tage

Inventur- Ausverkauf

bis 17

im Großdetail-

Schuh-Lokal

Münzstr. 25 — Frankfurter Allee 54 — neu eröffnet, Köstbuser Damm 13.

Wir bringen auch in den letzten Tagen unseres Inventur-Ausverkaufs außergewöhnlich billige Preise. Hier nur einige Beispiele:	
Damen - Halbschuhe echt H.-Oberreiss und Cromleder, moderne kurze Form	5.80
Echt Boxhall moderne kurze Form	6.80
Altneueste ganz spitze Form mit halbhohem Absatz, sehr gute Fabrikat	9.50
Damen-Stiefel echt Oberreiss moderne Form	9.50
Herren-Stiefel Origins. Goody-Well, hervorrag. Fabrikat	12.50
Herren-Schallstiefel sehr gute Kernschalen	10.80
Dinndstoll-Hausch. entsprechende Farben	85 Pf.
Kinderstiefel Praktische Leder, g. Kernsch. 21-25 (27-30)	4.90
Warme Kinderschnür-Stiefel mit Ledersohlen Größe 18-22	95 Pf.

Strickwesten

Blayes Kinderkleidung
Ständig großes Fabrikat in Strick- und Wirkwaren aller Art zum Einzelverkauf

Bruno Richter & Co. Fabrik-Niederlage
Mühlentw. Wollwaren
Bin.-Pankow, jetzt Mühlentw. 1
(Ecke Breite Straße)

Marken-Zigaretten

Tabako — Zigarren

Ratschari, Manoll, Muratt, Gorbaly, Reem'sma, Wenzel, Konstantin, Jozett, Messary, Salem, Yandu, Tescawi
welt unter Tagespreisen!

Fritz Stein Telefon: Großbrennerei
Dunckerstr. 3.
Zit. part. r. Bezahlb. 1901

Reste-Haus

C. Pelz

Kollnauer Str. 3

Anzugstoffe
Kostümstoffe
Mantelstoffe
Kleiderstoffe
Seidenstoffe

Mäntel, Kostüme
Röcke

2% Rabatt!

Inventur-Verkauf

In fast allen Abteilungen findet bis Sonnabend,
den 19. Januar, täglich von 10 bis 6 Uhr statt.

Preise teilweise bis 50 Proz. ermäßigt!

P. RADDATZ & CO.

Leipziger Straße 122/123

Sonntage eines Großstädtlers in der Natur

Von
Karl Grottewitz
Mit einem
Vorwort
von
Wilhelm Bötsche

Goldmark 0,50

J. H. W. Dietz Nachf.
G. m. b. H.
Berlin SW. Lindenstr. 2

Wohnungsaussch

in u. nach Berlin
sowie von Berlin
nach auswärts

am schnellsten durch eine Anzeige im

Groß-Berliner Wohnungsanzeiger

als einzige Spezialzeitung für möblierte
Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen

Unter der Rubrik „Möblierte Zimmer zu vermieten“ werden
Meldungen von Vermietern kostenlos veröffentlicht

Verband mit d. „Or-Berliner Wohnungsanzeiger“ ist der
Anzeiger für Grundstücks- und Geschäftsverkäufe

Gel allen Zeitungsverkäufern und Bureaus zu haben.
Verlag und Hauptanzenenahme

Zeitungs-Zentrale (Z.Z.) Aktiengesellschaft
Lerualmer Str. 56 • Fernsprecher: Dönh. 3310-3312

Besonders wirksam sind die KLEINEN
ANZEIGEN in der Gesamtanfrage
des „Vorwärts“ und trotzdem **billig!**